

Köln, im August 2005

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Aquinostr. 7-11
50670 Köln
Telefon 0221 / 972 69-20 oder -30
Telefax 0221 / 972 69-31

Grundrechtswidrige Hausdurchsuchung, Beschlagnahmung und Kopie von Akten bei der Redaktion von labournet

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Wir protestieren gegen die Hausdurchsuchung und Beschlagnahmung aller Computer und Unterlagen in den Redaktionsräumen und bei den MitarbeiterInnen von labournet Anfang Juli.

Im Dezember 2004 erschien ein Flugblatt. Das sah einem Schreiben der Bundesagentur für Arbeit täuschend ähnlich. In ihm wird auf Möglichkeiten der „Beantragung von Arbeitsgelegenheiten in Privathaushalten“ hingewiesen. Außerdem erschien ein „Bekennerschreiben“ eines „Kommandos Paul Lafargue“, in dem am Ende ein Link zur Internetseite von labournet angegeben wurde. Das war's.

Die Bundesagentur für Arbeit Bochum erstattete Strafantrag gegen Unbekannt. Ironie hält sie aus guten eigenen Gründen für strafbar. Sonst würde sie sich ob ihrer unsäglichen Leistungen, Arbeit massenhaft zu beschaffen, in Scham verkriechen.

Kriminalkommissariat und Staatsanwaltschaft ermittelten nun jedoch nicht den Unbekannten. Kurzerhand machten sie die Journalisten, die hinter der genannten Internet-Adresse standen, zu den Tatverdächtigen. Ein Amtsrichter unterzeichnete amtsstaat-, statt rechtsichernd den Durchsuchungsbeschluss. Auf diese Weise werden von der Judikative Grundrechte verletzt, damit – so muss man vermuten – die ungemütliche Arbeit eines gesellschaftskritischen Netzwerkes beeinträchtigt werden können. „Strikt rechtstaatlich!“ Konsequenterweise wird der Informantenschutz von Journalisten missachtet und deren freie Arbeit unmöglich gemacht.

Aufgrund eines vagen Verdachts gegen Journalisten berufsschädigend vorzugehen, verstößt gegen mehrere Grundrechte: das Grundrecht auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit (Art. 5 GG) an erster Stelle. Das maßlose Vorgehen gegen das „Netzwerk für Bildung & Kommunikation in Betrieb & Gesellschaft“ ohne einen annähernd geprüften und fundierten Verdacht ist skandalös. Dass zwischenzeitlich Computer, Disketten, CD-ROMS und Akten wieder frei gegeben worden sind, mildert den Skandal nicht. Sie wurden kopiert und stehen weiteren Ermittlungen unbegrenzt zu Gebote.

Wir verurteilen das staatsanwaltliche Vorgehen. Wir fordern die sofortige Vernichtung aller erstellten Kopien. Wider die unrechtsgemäß ermittelnde Staatsanwaltschaft ist nun selbst zu ermitteln. Solche Staatsanwälte dienen nicht dem Staat, wie er grundgesetzgemäß verstanden werden muss.

Unterzeichner und Unterzeichnerinnen:

Redaktion Bürgerrechte & Polizei/cilip; Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (BAKJ)
Heiner Busch, Bern – Prof. Dr. Frank Deppe, Frankfurt – Helga Dieter, Frankfurt – Corinna Genschel, Universität Potsdam – Prof. Dr. Peter Grottian, Berlin – Heiko Habbe, Hamburg – Prof. Dr. Joachim Hirsch, Frankfurt – Pfarrer Hubertus Janssen, Limburg – Rechtsanwalt Dr. Till Müller-Heidelberg, Bingen, Beiratsmitglied der Humanistischen Union – Stephan Nagel, Hamburg – Prof. Dr. Roland Roth, Berlin – Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Berlin – Dr. Christa Sonnenfeld, Frankfurt, Gründungsmitglied des LabourNet – Dr. Elke Steven, Köln – Edgar Weick, Frankfurt